



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Ersatz der Berufseinstiegsbegleitung durch andere Programme

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bildung und Kultus sowie im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen mündlich zu berichten, welche Ergebnisse die Analyse der Programme für Jugendliche im Bereich „Übergang Schule-Beruf“, die im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus liegen, ergeben hat. Insbesondere ist darzulegen, ob alle und welche Zielsetzungen und Einzelmaßnahmen aus dem BerEb-Projekt (BerEb = Berufseinstiegsbegleitung) im Einzelnen sich in anderen Programmen auf welche Weise wiederfinden und – auch aus Sicht der Betreuer – geeignet sind, den Wegfall der BerEb zu kompensieren.

Begründung:

Die Weiterführung der Finanzierung und damit die Zukunft der BerEb ist mit dem Auslaufen des Bayerischen ESF-Förderprogramms (ESF = Europäischer Sozialfonds) seit 2021 nicht mehr gesichert.

In einer Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Gabriele Triebel vom 19.10.2021 (Drs. 18/18542) antwortete die Staatsregierung zur künftigen Finanzierung der BerEb, dass bestehende Programme einer Analyse unterzogen werden. Im Haushaltsentwurf für 2022 ff. ist eine Bereitstellung finanzieller Mittel nicht mehr vorgesehen. Nachdem das Projekt der Berufseinstiegsbegleitung von großer Bedeutung für die potenziell zu betreuenden jungen Menschen ist und die Vergangenheit gezeigt hat, dass die konkreten Projekte mit hohen Erfolgsquoten aufwarten können, ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar. Deshalb ist ein solcher Bericht von zentraler Bedeutung bei der Entscheidung über eine Fortführung der BerEb, um die Entscheidungsgrundlagen für alle Beteiligten transparent und nachvollziehbar zu machen.